

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Rainer Ludwig

Abg. Gerd Mannes

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Sandro Kirchner

Abg. Raimund Swoboda

Abg. Anne Franke

Abg. Christian Flisek

Abg. Dr. Fabian Mehring

Staatsminister Hubert Aiwanger

Abg. Dr. Ralph Müller

Abg. Matthias Fischbach

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring,
Rainer Ludwig u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Bayerische Wasserstoffstrategie:

**Perspektiven für Sektorenkopplung ausbauen und Technologieoffenheit
bewahren (Drs. 18/3694)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier,
Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)**

**Bayerische Wasserstoffstrategie: Investitionen in Forschung tätigen und deren
breite Anwendung auf marktwirtschaftlicher Basis etablieren (Drs. 18/3716)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Rainer Ludwig von den FREIEN WÄHLERN. Bitte schön.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, liebe Besucher! Es war ein großer, es war ein guter Tag für Bayern und ein weiterer bedeutender Meilenstein beim angestrebten Ausbau der erneuerbaren Energien, als am 5. September dieses Jahres auf dem Energie Campus Nürnberg das Zentrum Wasserstoff.Bayern – H2.B – feierlich begründet und eingeweiht wurde.

Es ist ein Leuchtturmprojekt, das uns perspektivisch, das heißt, mit Blick nach vorn, unermessliches Potenzial bietet. Wir FREIEN WÄHLER sind stolz darauf, dass auf Initiative unseres bayerischen Wirtschaftsministers Hubert Aiwanger dieser große Schritt im Rahmen der Energiewende gegangen werden konnte und der Startschuss gemeinsam mit unserem Ministerpräsidenten Markus Söder erfolgt ist. Ich war bei diesem Festakt persönlich dabei und freue mich, dass eine zukunftsweisende, nachhaltige Wasserstoffstrategie angekündigt werden konnte und diese jetzt ambitioniert umge-

setzt wird. Es ist eine Strategie, die einen herausragenden und ebenso nachhaltigen Beitrag zum Klimaschutz leisten wird.

Diese aussichtsreiche Technologie wird unserer Energiepolitik einen neuen, kräftigen Schub verleihen. Dies gilt auch in finanzieller Hinsicht; denn es wurden bereits rund 10 Millionen Euro Anschubfinanzierung für dieses Projekt zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig wurde mit einer Reihe führender bayerischer Unternehmen aus der Automobil- und der Energiebranche ein wertvolles Wasserstoffbündnis geschlossen.

Meine Damen und Herren, ehrgeizige Klimaschutzziele erfordern gemeinsames Denken und Handeln in den Bereichen Energie, Industrie und Mobilität. Wasserstoff bietet hierfür vielfältige Lösungen, für die im Freistaat in den letzten Jahren bereits die Grundlage geschaffen worden ist. Allein die Bayerische Staatsregierung hat bereits über 50 Millionen Euro in die Wasserstofftechnologie investiert. Wasserstoff wird grundsätzlich – das betone ich – eine tragende Rolle bei der Energie- und Mobilitätswende spielen und die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern deutlich verringern.

Am neuen Wasserstoffzentrum in Nürnberg wird eine Taskforce die Weiterentwicklung dieser aussichtsreichen Technologie in Bayern erforschen. H2.B verfolgt das Ziel, zentrale Akteure in Wissenschaft, Wirtschaft und Politik zusammenzuführen sowie Wasserstoff in die breite Praxisanwendung zu bringen, und zwar als Energiespeicher, Energietransportvektor und Brennstoff.

Technologische Handlungsfelder bei H2.B sind die Erzeugung von grünem Wasserstoff bzw. die Erzeugung ohne fossile CO₂-Emission, die Wasserstoffnutzung in Industrie und Energiewirtschaft sowie die Nutzung in der Mobilität. Ein letztes Handlungsfeld wird die Wasserstofflogistik sein, und zwar nicht nur bayernweit, sondern auch bundesweit, europäisch und global.

Im Fokus steht, wie unserem Antrag zu entnehmen ist, mit Wasserstoff als Energieträger die Sektoren Elektrizität, Wärme- und Kälteversorgung, Verkehr und Industrie miteinander zu koppeln und außerdem neue Energiegewinnungs- und -verwendungs-

technologien für einen besseren Umweltschutz zu schaffen. Das ist gleichzeitig der Beweis, dass wir im Rahmen unseres unerlässlichen Beitrags zum Klimaschutz wegweisende Maßnahmen treffen.

Wir sind hier auf dem richtigen Weg; davon bin ich überzeugt. Wir wollen Bayern zum führenden Standort bei der industriellen Fertigung der Wasserstofftechnologie entwickeln. Das ist bereits im Koalitionsvertrag so festgelegt worden. Dieses Ziel werden wir zielstrebig, innovativ und offensiv realisieren.

Meine Damen und Herren, die Bündelung der Wasserstoffkompetenz im Freistaat, konkret in der Metropolregion Nürnberg, ist nicht nur speziell für die Automobilindustrie in unserem Automobilland Bayern wichtig, sondern auch für die Zulieferer in Form von Brennstoffzellen und intelligenten Speichermedien, also von zentraler, existenzieller Bedeutung. Das ist ein Beweis dafür, dass Ökologie und Ökonomie Hand in Hand gehen müssen. Eine starke Konjunktur und Klimaschutz – das ist eine Doppelspitze, die stechen muss.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wasserstoffbetriebene Brennstoffzellen gelten uns als Schlüssel für die Mobilität der Zukunft. Das heißt natürlich auch, den Bau von Wasserstofftankstellen voranzutreiben; bis zum Jahr 2023 wollen wir hundert realisieren.

Wir müssen ebenso die Zahl der wasserstoffbetriebenen Fahrzeuge erhöhen, und zwar deutlich. Wir wollen, dass in den nächsten Jahren Wasserstoffautos in Bayern vom Fließband rollen und nicht in China oder dem sonstigen asiatischen Raum. Insbesondere für die bisher dieselbetriebenen Lkws, Busse, Züge und Schiffe muss der wasserstoffbasierte Antrieb ein wertvoller Lösungsansatz sein.

Wir werden deshalb nicht nur in Bayern konkrete Maßnahmen anstoßen, um Wasserstoff zügig in die breite Anwendung zu bringen und großflächig hochzuskalieren. Auch die Bundesregierung soll und muss insoweit noch stärkere Akzente setzen. Unser

Wirtschaftsminister hat sich dafür vehement eingesetzt, unter anderem beim Energiesymposium in Berlin. Er wird es weiterhin tun; das darf ich Ihnen versprechen. Es sind noch mehr Anreize zur Technologieförderung zu entwickeln; denn es genügt technologisch nicht, allein auf Batterien, synthetische Brennstoffe, Elektromobilität oder die Hybridtechnologie zu bauen.

Für eine dezentrale, bezahlbare, nachhaltige, umweltfreundliche Energieversorgung braucht es einen verlässlichen Energiemix und damit auch Wasserstoff als Energieträger. Er steht im Fokus unserer technologischen Entwicklung inklusive innovativer Formen der Energiespeicherung und einer nachhaltigen, CO₂-freien Mobilität.

Meine Damen und Herren, Wasserstoff bietet die große Chance, den Kohlendioxid- ausstoß massiv zu reduzieren. Wasserstoff ist der Energieträger der Zukunft. Das sind unsere Signale, unser deutliches Plädoyer für die Wasserstoffstrategie: Sektorenkopp- lung ausbauen, Technologieoffenheit bewahren. Deshalb haben wir diesen Dringlich- keitsantrag eingebracht. Ich bitte um Ihre Unterstützung. – Den Antrag der AfD lehnen wir ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Vor dem nächsten Redner gebe ich die Ergebnisse der beiden namentlichen Abstimmungen bekannt:

Das war zum einen der Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Toman und anderer und Fraktion (GRÜNE) betreffend "A 13 für alle – Arbeit von Grund- und Mittelschullehrkräften endlich wertschätzen", Drucksache 18/3693. Mit Ja haben 54 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 112. Stimmenthaltungen: 9. Damit ist der Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Ich komme zum zweiten Dringlichkeitstrag, über den namentlich abgestimmt wurde. Es geht um den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer,

Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Für eine moderne bayerische Entwicklungszusammenarbeit – Partnerschaft mit Afrika intensivieren", Drucksache 18/3692. Mit Ja haben 121 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 50. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag der CSU angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Jetzt fahren wir in der Beratung fort. Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Gerd Mannes von der AfD-Fraktion.

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Die Förderung und Erforschung von Wasserstofftechnologien unterstützen wir ganz klar. Die Klimaschutzpanik darf aber nicht dazu führen, dass jegliche rationelle, politische und wirtschaftliche Diskussion ausgesetzt wird. Die Gründung des Zentrums für Wasserstoff in Nürnberg ist zielführend, weil alle relevanten Forschungsinstitute nun zielgerichtet zusammenarbeiten.

Leider hat die Staatsregierung neben vielen blumigen Versprechungen kaum Mittelzusagen gemacht. Über die Finanzmittel in Höhe von 10 Millionen Euro für die nächsten fünf Jahre wurde keine konkrete Aussage getroffen.

Die Ordnungspolitik darf nicht dazu missbraucht werden, unreife Technologien in den Markt zu drücken, um wettbewerbsfähige zu verdrängen. Wir empfehlen daher die Zustimmung zu unserem Antrag und stimmen dem Berichtsantrag der FREIEN WÄHLER ebenfalls zu.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist der Kollege Sandro Kirchner von der CSU-Fraktion.

Sandro Kirchner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses! Wir sind uns darin einig, dass der Freistaat Bayern bei Wasserstoff immer schon sehr weitsichtig war. Wir haben vom Energie Campus Nürnberg gehört, von tollen universitären Forschungseinrichtungen wie der Friedrich-Alexander-Universität in Erlangen mit Prof. Wasserscheid oder eben auch von den Ausgründungen, was LOHC mit Prof. Arlt und Hydrogenious betrifft, unser Wasserstoffzentrum in Wunsiedel.

Wie schon richtig gesagt worden ist, hält die aktuelle Staatsregierung das Thema Wasserstoff mit der Wasserstoffoffensive und natürlich auch mit der Gründung des Zentrums Wasserstoff.Bayern im zurückliegenden Monat mit unserem Ministerpräsidenten weiter präsent.

Wir sind uns einig, dass Bayern Innovationsland ist, dass Bayern fördert und Entwicklung schafft: im Handwerk, im Mittelstand, bei der Industrie, für Gründungen, in der Wissenschaft gerade bei den wichtigen Themen FuE.

Der Unterschied dabei ist, dass Bayern keine Ideologie verfolgt. Bayern fährt keine Einbahnstraße, sondern unser Credo lautet, die Technologieoffenheit nach vorne zu tragen. Wir fördern und schaffen die Rahmenbedingungen. Unsere Ingenieure, unsere Experten entwickeln die beste Technologie für die Zukunft. In der Marktwirtschaft entscheidet nun einmal der Markt, welche Produkte sich schließlich durchsetzen. Genauso verfahren wir mit Wasserstoff in Bayern.

Wir wissen alle, dass Wasserstoff ein großes Potenzial hat; gerade in der CO₂-Diskussion ist uns das des Öfteren aufgezeigt worden: Wasserstoff als Speicher für Energie, als Energieträger in vielen Bereichen, gerade auch in der Mobilität.

Bitte gestatten Sie mir einen Rückblick: Es ist noch gar nicht so lange her, als insbesondere die Damen und Herren von den GRÜNEN die deutsche Ingenieurskunst an den Pranger gestellt, schlechtgeredet und die deutsche Automobilbranche regelrecht an die Wand gedrückt haben. Sie haben unseren Automobilherstellern Innovationslo-

sigkeit vorgeworfen und das E-Auto als einzige Technologie, die es gibt, in den Vordergrund gestellt. Damit sind Verbote durch Sie einhergegangen, durch die die Menschen gegängelt werden sollen, durch die Menschen diktiert werden soll, wie etwas funktioniert.

Seien Sie sich aber dessen gewiss: Damit lösen wir keine Probleme – im Gegenteil: Das kostet Geld, vernichtet unsere bayerische Wirtschaft und damit die Arbeitsplätze. Sie ziehen den Menschen regelrecht das Geld aus der Tasche und vernichten den ländlichen Raum. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist die Politik der GRÜNEN.

Unser Ansatz heute hier im Hohen Haus und darüber hinaus ist es, Ökologie und Ökonomie in Einklang zu bringen, Anreize zu schaffen, zu fördern und zu belohnen. Das bringt Innovation, stärkt die Wirtschaft in Bayern, bringt Arbeitsplätze, sichert unseren Wohlstand, wird am Ende einen wertvollen Beitrag zum Klimaschutz leisten und den Menschen Lösungen aufzeigen.

(Beifall bei der CSU)

Lassen Sie mich ein Beispiel nennen. Es gibt das schöne Sprichwort "Totgesagte leben länger". Erst vor wenigen Tagen hat ein deutscher Automobilbauer Spitzentechnologie vorgestellt, nämlich ein Wasserstoffauto: die modernste Brennstoffzellentechnologie, miniaturisiert, serientauglich, massenproduktionstauglich herzustellen, kombiniert mit einer Batterie. Erst vor Kurzem hat ein bayerischer Automobilhersteller das E-Auto als Nonplusultra dargestellt, jetzt das Wasserstoffauto. Die deutschen Automobilhersteller sind wieder Benchmark beim Automobil.

(Beifall bei der CSU)

Allein dieses Beispiel zeigt, welches Potenzial mit dem Wasserstoff verbunden ist. Es zeigt, wie der Freistaat Bayern diese Technologie unterstützt und schon immer auf

dem Schirm hatte. Deswegen unterstützen wir natürlich auch den Antrag der FREIEN WÄHLER, der die Staatsregierung in ihren Bemühungen unterstützt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, wir haben eine Zwischenbemerkung des fraktionslosen Abgeordneten Swoboda. Es ist zwar knapp, aber es gilt noch. – Bitte schön.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Herr Kirchner, es klingt ja ganz gut, wenn Sie sich gegen die grüne Klimapolitik wenden. In Wirklichkeit aber sitzt die CSU auf Bundesebene mit im Boot und redet der CO₂-Bepreisung das Wort, indem Sie eine Besteuerung für Ölheizungen, für Pendlerfahrten und für alles mögliche Weitere vorsehen, ohne dass es echte Alternativen gibt. Ein Schornsteinfeger wird Ihnen sagen, dass wir für Ölheizungen keine Alternative haben und vieles mehr.

Sie haben recht, dass wir mit der Wasserstofftechnologie einen guten Weg finden – aber erst in Zukunft, denn momentan ist sie für eine breite Anwendung noch nicht geeignet, um eine Alternative darzustellen. Die Politik der CSU verhindert derzeit keine einzige Tonne CO₂, sondern Sie sprechen nur diejenigen an, die zum bürgerlichen Mittelstand gehören oder zum Mittelstand der Wirtschaft. Sie schaffen damit aber keine Lösungen. Wasserstoff hat Zukunft, aber die kommt erst noch. Warum sagen Sie auf Bundesebene das eine, und hier sagen Sie uns das andere?

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kirchner.

Sandro Kirchner (CSU): Ich muss erst einmal feststellen, dass Sie mir keine Frage gestellt haben. Ich versuche zu interpretieren, was Sie vielleicht gemeint haben könnten. Wenn Sie versuchen, den Klimapakt auf Bundesebene in Zusammenhang mit dem Wasserstoffthema von heute und mit der CSU zu bringen, kann ich Ihnen ganz klar darstellen, dass es die Handschrift der CSU ist, dass gerade die Technologieof-

fenheit auch auf Bundesebene weiter forciert wird und dass wir die Dinge in einen regelrechten Ablauf gebracht haben, sodass eben diese Innovationen für die Zukunft entstehen können.

Gleichwohl können sie nach dem aktuellen Stand der Dinge so begleitet werden, dass der Bürger keinen direkten oder indirekten Nachteil daraus erfährt. Insofern ist Ihre Fragestellung irgendwie absurd, und Ihre Feststellung ist es sowieso. Herr Swoboda, ich würde mir wünschen, dass Sie hier ans Rednerpult gehen und aufzeigen, was denn Ihre Idee ist, denn bislang fallen Sie nur damit auf, dass Sie komisch kommentieren, aber nie selbst zur Diskussion beitragen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächste Rednerin ist Anne Franke von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Anne Franke (GRÜNE): Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Vorweg kann ich sagen: Wir stimmen dem Berichtsantrag der FREIEN WÄHLER natürlich zu, denn damit wollen Sie ja nur den Stand der Wasserstoffstrategie erfahren.

Endlich entwickelt die Staatsregierung eine Strategie zur Wasserstoffentwicklung.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Weil wir endlich mitregieren! – Widerspruch von der CSU: Hättet ihr gerne!)

Es ist höchste Zeit, denn schon vor zwanzig Jahren stand die Autoindustrie in den Startlöchern. So haben BMW oder Mercedes beispielsweise damals schon intensiv an der Brennstoffzelle gearbeitet. Im meinem Landkreis Starnberg hat die Firma Proton Motor Brennstoffzellen von Hand zusammengebaut, um damit Busse im Nahverkehr auszustatten. Diese Entwicklung ist damals gar nicht unterstützt worden, sodass das Ganze sang- und klanglos untergegangen ist.

Es sind also zu viele Jahre ungenutzt ins Land gegangen, in denen diese alternativen Antriebstechnologien, die so wichtig wären, um zur CO₂-freien Mobilität zu kommen, nicht gefördert worden sind. Dabei brauchen wir diese alternativen Antriebe ganz dringend, um endlich zu CO₂-freier Mobilität zu kommen. Das ist als Stütze für den Klimaschutz ganz wichtig: im öffentlichen Nahverkehr, im Güterverkehr – Herr Ludwig hat es genannt –, bei den Schiffen und im Schwerlastverkehr. Wir könnten auch im Schienenverkehr Dieselloks sofort durch solche mit Wasserstoffantrieb ersetzen. Aber leider ist der Wasserstoffantrieb immer noch sehr teuer und deshalb auch bei Pkws bisher überhaupt nicht rentabel.

Ich komme zur Sektorenkopplung. Herr Ludwig hat es schon gesagt: Sie verbindet Strom, Wärme, Gasnetze und auch den Mobilitätssektor miteinander. Diese Kopplung brauchen wir ganz dringend, um zum Beispiel Stromspitzen aus wetterabhängigen, erneuerbaren Energien in den Netzen ausgleichen und speichern zu können. Das Erdgasnetz ist ein riesiger Speicher, der uns zur Verfügung steht. Aber dafür brauchen wir dringend endlich die Power-to-Gas-Technologie, die in anderen Bundesländern, zum Beispiel an der Elbe in Niedersachsen, schon längst in großem Maße angewandt wird und jetzt endlich in Nürnberg im Wasserstoffzentrum nennenswert realisiert werden soll.

Aber, und jetzt kommt ein großes Aber, die Wasserstofftechnologie ist nur dann gut und sinnvoll, wenn der Wasserstoff mit erneuerbaren Energien erzeugt wird. Davon haben wir in Bayern viel zu wenig, da haben wir einen riesigen Nachholbedarf. Ich muss daran erinnern, dass wir in Bayern 2018 weniger erneuerbare Energien erzeugt haben als 2017. Das kann doch nicht sein, dass wir weniger statt mehr erneuerbare Energien erzeugen. Bayern musste 2018 sogar 10 Terawattstunden Strom importieren. Das muss sich dringend ändern. Wir brauchen den sofortigen Ausbau der erneuerbaren Energien, besonders im Bereich Solar- und Windenergie. Da muss ich sagen: Die 10-H-Regelung muss endlich fallen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Denn nur so, mit den erneuerbaren Technologien, macht Wasserstofftechnologie wirklich Sinn und bringt Bayern technologisch an die Spitze.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Kollegin, bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. – Der Kollege Kirchner von der CSU-Fraktion hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön.

Sandro Kirchner (CSU): Frau Franke, herzlichen Dank. Wir hatten eigentlich über Wasserstoff gesprochen, aber ich würde gerne Aussagen von Ihnen zu erneuerbaren Energien aufgreifen. Können Sie kurz darstellen, wie Sie 100 % Versorgung mit erneuerbaren Energien in Bayern abbilden würden? Das wäre Punkt eins.

Punkt zwei. Sie haben wieder einmal die 10-H-Regel angesprochen. Könnten Sie mir kurz erklären, wie die funktioniert? Ich glaube nämlich, Sie wissen das gar nicht.

Anne Franke (GRÜNE): Also bitte, Herr Kirchner, das ist eine ganz üble Unterstellung.

(Sandro Kirchner (CSU): Erklären Sie das mal!)

Genauso, wie Sie vorher den GRÜNEN unterstellt hatten, wir hätten mit unseren Ingenieuren nicht zusammengearbeitet.

(Zurufe von der CSU: Antworten Sie!)

Wir haben schon 2002 mit BMW einen Wasserstoff-Kongress gemacht, einen Technologien-Kongress.

Die 10-H-Regelung ist ganz klar: Zehnmal die Höhe der Windräder – so groß muss die Entfernung zum nächsten Wohngebäude sein.

(Lachen bei Abgeordneten der CSU)

Das kann es nicht sein.

(Michael Hofmann (CSU): Das ist nicht vollständig!)

– Ja, aber das ist die Regelung.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Klaus Adelt (SPD): Das ist doch keine Unterrichtsstunde, in der man jemanden abfragt! Habt ihr keinen Anstand?)

Mit dieser Abstandsregelung können wir in Bayern so gut wie keine Windräder erstellen. Das wissen Sie selber. Der Windradbau ist total zurückgegangen.

(Unruhe – Zuruf von der CSU: Falsch!)

2018 wurden hier fast keine Windräder gebaut, und 2019 gab es nur noch vier Anträge. Der Ausbau ist absolut zurückgegangen.

(Zurufe der Abgeordneten Michael Hofmann (CSU), Sandro Kirchner (CSU) und Petra Guttenberger (CSU))

Wir können 100 % erneuerbare Energien erreichen, aber dafür müssen wir ein bisschen schneller sein, als Sie das immer sind.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Anne Franke (GRÜNE): Jetzt muss ich leider aufhören. Aber so langsam, wie Sie vorgehen, werden wir es wahrscheinlich nicht schaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Klaus Adelt (SPD): Wir sind doch nicht in der 13. Klasse!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke. – Der nächste Redner ist der Kollege Christian Flisek von der SPD-Fraktion.

Christian Flisek (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Manchmal macht man sich ja ein bisschen Gedanken über die Redezeit. Aber es gibt auch Dringlichkeitsanträge, für die in der Tat zwei Minuten ausreichen. Das ist so einer.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Weil sie so gut sind!)

– Dazu komme ich gleich. Ich nehme es vorweg: eine Minute für die politische Auseinandersetzung. Ja, wir unterstützen die bayerische Wasserstoffstrategie. Wir legen die Schwerpunkte, ähnlich wie es die Kollegin der GRÜNEN gerade ausgeführt hat, darauf, dass eine Wasserstoffstrategie auch in Bayern vor allem auf der Basis regenerativer Energien stehen muss.

Wir sagen auch, dass das Ganze nicht neu ist. Ich habe mir das mal angeschaut: In diesem Hause sind bereits 1995 von der SPD-Fraktion, damals von dem Abgeordneten Kollegen Kolo, die ersten Anträge dazu gestellt worden. Herr Kollege Kirchner, diese Anträge sind im Übrigen damals auf einen erbitterten Widerstand der CSU gestoßen. Ich habe nicht mehr nachgeschaut, wie lange dieser Widerstand anhielt, aber das geht durchaus bis in die jüngere Vergangenheit.

Jetzt kommt die Minute zu den Dringlichkeitsanträgen. Wir hatten gerade die Frau Kollegin Gottstein gehört, die anlässlich der Debatte über A 13 für Grundschullehrer gesagt hat, dies sei nichts für einen Dringlichkeitsantrag.

Ich sage Ihnen mal, was mein Eindruck ist: So ein Dringlichkeitsantrag von einer Fraktion, die die Regierung trägt, noch dazu den Wirtschafts- und Energieminister dieses Freistaats stellt, ist eine dokumentierte Selbstverzweigung.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Im Gegenteil!)

Wenn Sie noch nicht mal in der Lage sind, in einem Dringlichkeitsantrag eine einzige Maßnahme oder nur eine einzige konkrete Forderung zu erheben, dann frage ich mich, wo das enden soll. Sie begrüßen Dinge, die längst beschlossen sind. Entschul-

digen Sie! Sie "begrüßen" und bitten dann höflichst darum, dass berichtet wird. Dann machen Sie das doch wenigstens. Nehmen Sie den Bundesrat: Die niedersächsische Landesregierung hat jetzt eine umfassende Initiative im Bundesrat gestartet, mit der ein ausführlicher, seitenlanger Maßnahmenkatalog vorgestellt wird. Nehmen Sie ein bisschen Substanz in Ihre Dringlichkeitsanträge hinein. Bitte, Sie sollten der Motor, der Katalysator dafür sein, dass der Staatsminister in diesen Fragen in die Pötte kommt. Das sollten Sie sein.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Wenn Sie es nicht tun, müssen wir es eben tun. Ich bleibe aber dabei: In der Sache haben wir Einigkeit. Wir begrüßen das nicht nur, wir werden auch nachlegen.

Insofern noch ein Wort zur AfD: Schauen Sie, in Ihrem Antrag steht nicht nur Falsches. Das gebe ich zu. Aber eines ist auch klar. Dort, wo Sie meinen, den Finger in die Wunde zu legen, fehlt jeder konkrete Vorschlag. Wie wollen Sie es denn skalieren, ausrollen? Wie wollen Sie den ordnungspolitischen Rahmen setzen? Machen Sie doch bitte mal konkrete Vorschläge. Machen Sie einen Vorschlag, wie viel mehr Geld konkret in Forschung investiert werden soll. Jegliche Angabe lassen Sie vermissen. So findet Politik nicht statt, jedenfalls nicht nach meinem Verständnis. Deshalb werden wir Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kollege Flisek, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. – Herr Kollege Mehring hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Er sagt es Ihnen nicht nur ins Ohr, sondern er sagt es so, dass es alle hören.

(Christian Flisek (SPD): Ich habe gedacht, er macht es diskret!)

Herr Mehring, bitte schön.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Ich wusste nicht, dass sich mir auch die zweite Alternative eröffnen würde. – Lieber Herr Kollege Flisek, lieber Christian! Zunächst einmal bin ich froh über die inhaltliche Einigkeit, die wir haben. Aber dein Wortbeitrag weckt in mir das Bedürfnis, die Lücke in deiner Ausdeutung zwischen Regierungsarbeit in einem Parlament und in Oppositionsarbeit zu schließen.

Könnte es nicht auch sein, dass wir im Rahmen der Koalitionsverhandlungen als FREIE WÄHLER bereits ausgeflaggt haben, dass Wasserstoff in unseren Augen eine Zukunftstechnologie ist? Dass wir das in den Koalitionsvertrag hineinverhandelt haben? Und jetzt schon nach einem Jahr Regierungshandeln liefern? Mit der Gründung des Wasserstoffzentrums, die wir jetzt auf den Weg gebracht haben? Und dass wir das jetzt als Fraktion über einen Dringlichkeitsantrag genau in dieser Art und Weise dokumentieren? Ist es denn nicht so, dass das genau das ist, was die Wählerinnen und Wähler von verantwortungsvollen Politikern erwarten? – Etwas anzukündigen, es aber nicht bei dieser Ankündigung zu belassen, sondern am Ende des Tages zu liefern, Wort zu halten, genau das umzusetzen, was wir versprochen haben.

Könnte es möglicherweise sein, dass deine Verwirrung über dieses Thema damit zusammenhängt, dass die SPD derzeit so weit von Regierungsverantwortung weg ist, wie noch nie in der Geschichte dieser Partei?

(Widerspruch bei der SPD – Klaus Adelt (SPD): Frag doch deinen Minister, wenn du was wissen willst! – Horst Arnold (SPD): Das ist eine Begrüßungsfraktion!)

Christian Flisek (SPD): Vielleicht nur mal eines. Wir haben hier ja Publikum. Die bayerischen Bürger sind heute da und lauschen dieser Debatte. Wenn man hier mal eine Umfrage machen würde, was die bayerische Bürgerin, der bayerische Bürger unter einem Dringlichkeitsantrag verstehen, würden wir wahrscheinlich alle staunen, was dabei rauskommt, wenn der gesunde Menschenverstand beantwortet, was wirklich ein Dringlichkeitsantrag ist.

(Zurufe der Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER) und Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Wir haben schon mal einen Dringlichkeitsantrag von Ihnen bekommen, mit dem wir den bayerischen Jägern danken durften. Das war auch ganz dringlich.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das kam bei den Jägern gut an!)

Jetzt haben wir einen Dringlichkeitsantrag, mit dem wir einen bereits erreichten politischen Zustand begrüßen. Dann bitten Sie darum, dass berichtet wird. Die Bayerische Staatsregierung berichtet permanent über ihre Fortschritte. Es fehlt jegliche Substanz. Es ist nicht eine konkrete Maßnahme drin, wie eine bayerische Wasserstoffstrategie ordnungspolitisch aussehen soll, wie wir einen Investitionsrahmen schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Es steht nichts drin.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Wir sind dankbar für die taktischen Tipps! Beratung von der SPD brauchen wir keine!)

Es ist nicht so, dass ich Ihnen das nicht zutraue.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, kommen Sie zum Ende Ihrer Rede.

Christian Flisek (SPD): Schauen Sie einfach, dass Sie bei Ihrem nächsten Antrag ein bisschen mehr Mut zeigen und sich ein Herz fassen. Vielleicht rufen Sie beim Kollegen Aiwanger an.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist beendet.

Christian Flisek (SPD): Dann kriegen Sie schon ein paar Tipps.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Wolfgang Heubisch von der FDP-Fraktion.

Dr. Wolfgang Heubisch (FDP): Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, da können wir wunderbar weitermachen. Das ist genau mein Thema. Klaus Holetschek hat vorher gesagt, unser Antrag zur Homöopathie habe keine Dringlichkeit gehabt. Genauso sehe ich es hier. Das ist sozusagen ein Grußwort an die Bayerische Staatsregierung, speziell der FREIEN WÄHLER, eine Ergebnisadresse.

(Beifall bei der FDP – Heiterkeit bei der SPD)

Wissen Sie, was ich unter einem Dringlichkeitsantrag verstanden hätte? Die Chance hättet ihr hier wunderbar gehabt – überlegt euch einmal –, indem ihr geschrieben hättet: Wir wollen bis Ende des Jahres genau die Strategie aufgezeigt haben, wir wollen bis Ende des Jahres einen Bericht darüber.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

– Lieber Herr Mehring, ist ja gut. Lieber Herr Mehring, Sie können jetzt wieder eine Zwischenbemerkung machen. Ich möchte auf jeden Fall auch meinen Nachrednern noch die vier Minuten gewähren.

In dem Bericht sollten natürlich deutliche Angaben zur Herkunft und zur Verwendung der geplanten Mittel gemacht werden. Ich möchte nicht nur wissen, wie viele Personen dort angesiedelt werden und mitarbeiten sollen, sondern ich möchte auch wissen, wie viel Personalkosten insgesamt anfallen.

Lieber Hubert und lieber Herr Glauber, besser wäre es auch, wenn die Staatsregierung ein Gesamtkonzept bzw. eine Roadmap für ganz Bayern erstellen würde. Ihr wisst ja, dass auch in der Wasserstoffregion Neustadt an der Waldnaab in der Oberpfalz und in Kärnten entsprechende Arbeiten laufen. Es soll natürlich auch die Frage

eingebunden werden, wie es mit dieser Technologie, die wir nachhaltig und intensiv unterstützen, weitergehen soll; denn eines ist klar: Mit nur einem Zentrum, wie es vor zwei, drei Wochen in Erlangen angekündigt wurde, kommen wir nicht weiter. Da müssen ganz andere Maßnahmen erfolgen.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Das Wort hat nun Herr Staatsminister Hubert Aiwanger für die Staatsregierung.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit Wasserstoff haben wir zumindest ein Thema, bei dem links, rechts und in der Mitte kein grundsätzlicher ideologischer Widerspruch besteht, sondern alle Parteien eine Vision haben, wengleich man sich vielleicht in der Herangehensweise etwas unterscheidet, sei es unter dem Eindruck der Klimakatastrophe oder bei der Frage, ob es jetzt technisch höchst nötig wäre, dass Deutschland endlich nachzieht. Ich hoffe aber auf alle Fälle, dass sich hieraus keine ideologischen Grabenkämpfe ergeben, sondern dass wir als bayerisches Parlament und als bayerische Regierung der bayerischen Bevölkerung eine Strategie vorstellen können. Ich hoffe, die Bevölkerung hinter dieses Thema zu bringen – hinter ein Thema, bei dem ich überzeugt bin, dass es der entscheidende Schlüssel sein kann, die Mobilitätsfrage der Zukunft klimakorrekkt zu beantworten, wenn wir es richtig machen. Das führt dann nicht dazu, dass wir nicht mehr Auto fahren dürfen oder dass wir sagen, das sei alles nur Humbug, wir fahren weiter, es wird schon nichts passieren. Vielmehr können wir guten Gewissens Auto fahren. Wir können dann guten Gewissens weiterhin den Langstrecken-Lkw-Verkehr unterstützen; wir können Zug fahren, wir können Bus fahren; wir können Schiffe betanken; wir können fliegen, vielleicht in Kombination mit E-Fuels.

Wir müssen also den Wohlstand nicht zurückdrängen, sondern haben mit dem Wasserstoff sogar die Chance, das Wissen unserer Ingenieure in bayerischen Wohlstand

umzumünzen und dafür zu sorgen, dass wir im Bereich der Innovation wieder Weltspitze sind. Damit geben wir der bayerischen Autoindustrie, auf die wir angewiesen sind, eine glaubwürdige Zukunftsperspektive. Aber dazu müssen wir ideologische Gefechte hintanstellen, die eigentlich gar nicht nötig sind. Es steht immer ein bisschen die Grundsatzdebatte "Batterie oder Wasserstoff" im Raum, wenn wir bei diesen beiden Themen sind.

Ich glaube nicht, dass die Batterie die Diesel- und Benzinflotten zu 100 % ersetzen wird. Der Batterieantrieb wird sich vielleicht bei 5 bis 10 % einpendeln. Sonst wird es mancherorts Widerstand geben, wenn beispielsweise in einer Straße mit 500 Einwohnern nur zehn Autos betankt werden können, aber eben nicht hundert Autos. Wir werden feststellen, dass dann der Strom vor Ort, den wir regenerativ erzeugen, nicht reicht, um alle Batterien zu betanken. Wir haben diese Chance aber mit Wasserstoff; denn wir können Energie von außen, also aus Regionen außerhalb Bayerns, in das System holen, genauso wie wir heute fossiles Öl aus diversen Ländern und Regionen dieser Welt holen, wie etwa aus Afrika, um unsere Autos anzutreiben.

Wir können Wasserstoff importieren, eventuell in Form von LOHC, flüssig gebunden, und zwar aus Regionen, die ansonsten eine leere Wüste wären. Man kann großflächig Photovoltaikanlagen errichten und andernorts mit Wind oder Wasser Strom erzeugen. Wir können also Wasserstoff importieren und damit die Möglichkeit der Elektromobilität ins Spiel bringen. Diese hätten wir bei der reinen Batterie nicht, weil man Strom nicht mit dem Tankschiff aus Afrika holen kann, Wasserstoff mit LOHC jedoch schon. Damit haben wir die Möglichkeit, klimakorrektere Antriebe zu füttern, und zwar im großen Stil. Somit besteht überhaupt erst die Chance, die Pkw-Flotte auf Elektro umzustellen; denn Wasserstoff ist im Endeffekt über die Brennstoffzellen auch Elektroantrieb. Die Energiequelle ist jedoch nicht die Batterie, sondern der druckbetankte Wasserstofftank. Damit haben wir einen Schlüssel, den die Batterie allein nicht hat.

Unser Ziel ist es, diese Techniken in einer Roadmap abzuarbeiten und bis zum Jahr 2023 über mindestens hundert entsprechende Tankstellen in Bayern zu verfügen – gerne auch deutlich mehr.

Die Frage der Finanzierung wird wohl teilweise im Nachtragshaushalt beantwortet. Wir wollen dort Mittel einstellen, um in Bayern Wasserstofftankstellen bevorzugt und schneller auszubauen, als es die bisherige Bundesstrategie vorsah. Ich habe vor wenigen Tagen mit meinen Energieminister-Kollegen aus Niedersachsen und Brandenburg gesprochen. Wir wollen jetzt auch über die Bundesländer den Druck auf die Bundesregierung erhöhen und einmal alle Fünfe gerade sein lassen können. Wir stellen fest, dass die Brandenburger die großen Windparks haben, dass aber die Mecklenburger im Norden und Osten Strom abregeln müssen. Niedersachsen will vermehrt die Sektorkopplung und findet so vielleicht auch in der Stromtrassen-Debatte die eine oder andere Alternative; Stichwort: Element 1, Niedersachsen.

Wir stellen auch fest, dass die Bundesnetzagentur dieser Entwicklung teilweise etwas im Wege steht und das etwas kleinkariert sieht. Da müssen wir jetzt sagen: Der Norden hat vielleicht einen Überschuss, der Süden hat die Autotechnik dazu. Es gilt, diese Dinge sinnvoll zu vernetzen und sich international aufzustellen. Das endet nicht an der deutschen Grenze; das endet an keiner Grenze. Das wird ein weltweites Thema werden. Japan macht dabei derzeit mit, auch Australien in großem Stil. Es gibt Abkommen, um Energie aus Australien nach Japan zu liefern.

Sie werden im nächsten Jahr die Olympiade als die große Wasserstoffolympiade erleben. Dabei bietet der Wasserstoff die Möglichkeit, Energie in einer Form ins System zu holen, wie wir es heute nicht kennen. Wir haben auch die Möglichkeit, den Autoherstellern eine Vision zu geben.

Ich rede draußen mit vielen Leuten, die sagen: Ich habe noch meinen alten Diesel, den ich so lange zusammenrichte, bis die Politik weiß, wo sie hinwill. Ein Batterie-Auto kaufe ich mir in absehbarer Zeit nicht. Aber wenn in zwei, drei Jahren ein Wasserstoff-

auto auf den Markt kommt, das halbwegs bezahlbar ist und mit dem man 600 km fahren kann, kauft man das. Wenn dieses Wasserstoffauto nicht kommt, dann eben nicht. Deshalb schließen wir mit der Gründung des Wasserstoffzentrums in Nürnberg am 5. September zeitgleich ein Wasserstoffbündnis mit namhaften Autoherstellern und vielen wohlklingenden Namen der deutschen Industrieszene. Auch sie wollen mitmachen und sich hier den Ball zuspielen, damit wir Wasserstoff als Energieträger der Zukunft im Sinne des Klimas genauso wie im Sinne der deutschen Wirtschaft nach vorne bringen und der deutschen Autoindustrie wieder eine Vision geben, damit wir als Kunden mit einem ordentlichen Auto auch in die Innenstädte fahren können.

Deshalb glaube ich, diese Wasserstoffstrategie ist eine richtige Strategie. Ich bitte alle Parteien, dieses Thema weiterhin in der öffentlichen Darstellung zu unterstützen und nicht schlechtzureden. Wir sollten das Beste daraus machen, damit wir auch in Zukunft mit unserer Technik an der Weltspitze bleiben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Staatsminister, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Wir haben zwei Interventionen. Zunächst erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Müller von der AfD-Fraktion das Wort.

Dr. Ralph Müller (AfD): Herr Aiwanger, bei Ihren prinzipiellen Ausführungen, dass der Energieträger Wasserstoff einer der saubersten ist, den wir mit einer sehr hohen Dichte nutzen können, sind wir mit Ihnen völlig einer Meinung. Das wird selbstverständlich das ganz große Zukunftsthema. Ich gehe sogar davon aus, dass wir neben der Brennstoffzelle auch unseren großen Vorsprung bei den Verbrennungsmotoren nutzen können.

Jetzt die wichtige Frage: Warum fahren Sie eigentlich über Kinshasa nach Nürnberg? Das kann ich nicht verstehen. Sie wollen die Aufspaltung von Wasser, H₂O, betreiben. Warum treiben wir nicht eine Technik voran, bei der wir weltweit schon einmal führend waren, nämlich die Dual Fluid Kernreaktoren? Kernenergie ist sauber und sicher. Bei

einem entsprechenden ingenieurwissenschaftlichen Ausbau ist sie in nahezu jeder Menge verfügbar. Wir spalten das Wasser, haben Energie und gleichzeitig Wasserstoff für den Antrieb, für den Sie hier plädiert haben. Das ist der richtige Weg. Warum verkampfen Sie sich so?

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Dr. Müller. Ihre Redezeit ist um. Sie haben eine Minute. – Bitte, Herr Aiwanger.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Ich kann heute nicht ausschließen, dass in mittlerer oder fernerer Zukunft solche Energie-Modelle kommen.

(Beifall bei der AfD – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Ich kann nicht ausschließen, dass wir irgendwelche Techniken einführen, wenn sie gefahrlos sind. Sollte dies darstellbar sein, wird das analysiert und geprüft. Auf absehbare Zeit sehe ich jedoch diese Entwicklung nicht. Sollten wir beim Wasserstoff so lange warten müssen, bis irgendein Ingenieur diese Technik praxistauglich und sicher entwickelt, wird das nichts mehr.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Diese Technik ist praxistauglich!)

Sie haben gesagt "über Kinshasa". Damit meinen Sie: Warum beziehen wir ausländische Wasserstoffquellen ein? – Ich bin der Meinung, dies ist die Chance, Energie ins System zu bringen, die wir bis heute vor Ort nicht in ausreichender Menge erzeugen können. Ich halte es deshalb für sinnvoll und schließe es nicht aus, in Bayern Wasserstoff aus ausländischen Quellen einzusetzen. Wir selbst haben nicht genügend.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke. – Eine zweite Intervention kommt von Herrn Kollegen Fischbach.

Matthias Fischbach (FDP): Sehr geehrter Herr Staatsminister, als mittelfränkischer Abgeordneter möchte ich Sie zu dem Zentrum in Nürnberg befragen. Ich habe kürzlich

in der "Süddeutschen Zeitung" gelesen, Sie hätten in der Pressekonferenz erklärt, dass drei bis vier Mitarbeiter umgeswitcht würden. 10 Millionen Euro und etwa 200 Quadratmeter stünden zur Verfügung.

Mich würde interessieren, woher diese drei bis vier Mitarbeiter kommen. Kommen die aus dem Energie Campus, wie ich gerüchteweise gehört habe? Werden diese Stellen umgelagert, oder bleiben sie am Energie Campus bestehen? Ist dieses Projekt langfristig abgesichert? Außerdem würde mich interessieren, ob Sie die genannte Summe von 10 Millionen Euro bestätigen können und wo diese Mittel im Nachtragshaushalt herkommen. Werden sie an anderer Stelle gestrichen, oder werden sie aus den Rücklagen genommen? Schließlich würde mich noch interessieren, wofür diese 200 Quadratmeter bisher genutzt wurden. Waren das vielleicht Gebäudeteile, die von der FAU für andere Zwecke genutzt wurden?

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Sie wissen, dass der Energie Campus in Nürnberg in wenigen Jahren auslaufen wird. Deshalb stellt sich die Frage, wie es dort weitergeht. Wir erreichen das Ziel über zwei Faktoren. Der eine Faktor ist qualifiziertes Personal: Ich nenne die Professoren Dr. Grimm und Dr. Wasserscheid, zwei Koryphäen bei diesem Thema in der Region. Der zweite Faktor ist die Möglichkeit, dort als Nachfolgenutzer einen Bürokomplex anzumieten. Zunächst geht es darum, vor Ort zu koordinieren, Veranstaltungen abzuhalten und die Player zusammenzubringen. Wir müssen nicht auf 200 Quadratmetern Wasserstoffversuche durchführen. Das ist eine Denkfabrik, wo vorausgedacht und geplant wird. Das Geld stammt aus den im Nachtragshaushalt verfügbaren Mitteln.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Minister, Sie können auf die Regierungsbank zurückkehren. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/3694 – das ist der Antrag der FREIEN WÄHLER – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der AfD, der SPD, der FDP und die beiden fraktionslosen Abgeordneten Swoboda und Plenk. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/3716. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der AfD und der FDP. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.